

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht
4021 Linz • Kärntnerstraße 10-12

Geschäftszeichen:
AUWR-2020-737198/3-SE/Sc

Bearbeiter/-in: Mag. Barbara Starzer-Eidenberger
Tel: (+43 732) 77 20-15603
Fax: (+43 732) 77 20-21 34 09
E-Mail: auwr.post@ooe.gv.at

Linz, 21.12.2020

Ebner Strom GmbH, 4280 Königswiesen:
Bauvorhaben: Ersatzneubau der 30 kV-Trafostation
„Unterweißenbach / Schaltstation“, Teilverkabelung
der 30 kV-Freileitung „Unterweißenbach – Kaltenberg“;
Marktgemeinde Unterweißenbach;
energiebehördliches Prüfungs- und Bewilligungsverfahren

Anberaumung einer mündlichen Verhandlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben folgende Angelegenheit, an der Sie beteiligt sind, zu bearbeiten:

Die Ebner Strom GmbH, Klammleiten 1, 4280 Königswiesen, hat unter Vorlage von Projektunterlagen um die Erteilung der starkstromwegerechtlichen Bau- und Betriebsbewilligung für

1. den Ersatzneubau der 30 kV-Trafostation „Unterweißenbach / Schaltstation“ auf dem Grundstück Nr. 1765/3, KG 41220 Unterweißenbach, sowie
2. die Neuverlegung eines 30 kV-Kabelsystems, abgehend von der geplanten 30 kV-Trafostation „Unterweißenbach / Schaltstation“ bis zum geplanten Holz-Abspannmast Nr. 25 (anstelle des Mastes Nr. 25) auf dem Grundstück Nr. 300, KG 41220 Unterweißenbach, mit einer Trassenlänge von ca. 720 m, sowie Einbindung in den bestehenden 30 kV-Leitungsabschnitt Richtung „Kaltenberg“,

und um Durchführung des **elektrotechnischen Prüfungsverfahrens** angesucht (Zl. Ing. Le vom 17. Dezember 2020).

In dieser Angelegenheit wird von der Oö. Landesregierung und vom Landeshauptmann von Oberösterreich eine mündliche Verhandlung anberaumt:

Ort: Marktgemeindeamt Unterweißenbach	
Datum: Dienstag, 2. Februar 2021	Zeit: 09:30 Uhr

Bitte kommen Sie persönlich zur Verhandlung oder entsenden Sie an Ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte. Sie können auch gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zu uns kommen.

Bevollmächtigt kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn Sie sich durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhänder/eine Wirtschaftstreuhänderin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lassen,
- wenn Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte seine/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn Sie sich durch uns bekannte Angehörige (§ 36a AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lassen und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn Sie gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bitte bringen Sie zur Verhandlung diese Verständigung mit oder veranlassen Sie, dass Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte diese mitbringt. Hinweise auf sonst erforderliche Unterlagen finden Sie auf den nächsten Seiten neben Ihrem Namen.

Wichtige Informationen im Zusammenhang mit COVID-19

Gemäß § 3 Abs. 1 COVID-19-VwBG (Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 16/2020 idgF) ist bei mündlichen Verhandlungen sicher zu stellen, dass am Ort der Amtshandlung zwischen den Personen ein Abstand von mindestens einem Meter eingehalten werden kann. Wir ersuchen daher um Verständnis, dass je nach Größe der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten gegebenenfalls nur kleinere Gruppen von Verfahrensbeteiligten gleichzeitig im Verhandlungssaal anwesend sein dürfen und es dabei zu Wartezeiten vor dem Verhandlungssaal kommen kann.

Wir ersuchen sämtliche Personen, die beabsichtigen, an der Verhandlung teilzunehmen, sich mit einer Mund- und Nasenbereich bedeckenden mechanischen Schutzvorrichtung (Maske) auszustatten. Personen, die ohne eine derartige Vorrichtung erscheinen, können vom Verhandlungsleiter/von der Verhandlungsleiterin von der Verhandlung ausgeschlossen werden. Diese Vorschrift gilt nicht für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr oder für Personen, denen aus gesundheitlichen Gründen das Tragen einer Vorrichtung nicht zugemutet werden kann.

Sollten Sie nicht an der Verhandlung teilnehmen wollen oder können, steht Ihnen ebenso die Möglichkeit offen, Ihre Einwendungen schriftlich bis spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde einzubringen oder einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden.

Das geplante Bauvorhaben berührt folgende fremde/öffentliche Einrichtungen oder Interessen:

- Straße, Güterwege, Kanal, Wasser sowie sonstiges öffentliches Gut der Marktgemeinde Unterweißenbach
- Fernmeldekabel der A1 Telekom Austria AG
- Landesstraße L579
- land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen

Sie können in folgende Projektunterlagen Einsicht nehmen:

Projektmappe der Ebner Strom GmbH	
Ort der Einsichtnahme: Amt der Oö. Landesregierung, Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht, Kärntnerstraße 10-12, 4021 Linz Energierrecht Hauserhof, 2. Stock, Zi.-Nr. 2D146 nach telefonischer Terminvereinbarung (Tel.Nr. 0732/7720-15601)	Zeitraum: Während der Amtsstunden
Marktgemeindeamt Unterweißenbach nach telefonischer Terminvereinbarung (Tel.Nr. 07956/7255)	Während der Amtsstunden
Bei Bedarf können Sie auch die digitale Version der Projektunterlagen beim Amt der Oö. Landesregierung, unter der Tel.Nr. 0732/7720-15601 anfordern.	

Abgesehen von Ihrer persönlichen Verständigung wird die Verhandlung

- an der Amtstafel der Marktgemeinde Unterweißenbach
- durch Verlautbarung unter der Internetadresse <http://www.land-oberoesterreich.gv.at> kundgemacht.

Als **Antragsteller/Antragstellerin** beachten Sie bitte, dass die Verhandlung in Ihrer Abwesenheit durchgeführt oder auf Ihre Kosten vertagt werden kann, wenn Sie die Verhandlung versäumen (bzw. wenn Ihr Vertreter/Ihre Vertreterin diese versäumt). Wenn Sie aus wichtigen Gründen (z.B. Krankheit, Behinderung, zwingende berufliche Verhinderung oder Urlaubsreise) nicht kommen können, teilen Sie uns dies sofort mit, damit wir allenfalls den Termin verschieben können.

Als **sonst Beteiligter/Beteiligte** beachten Sie bitte, dass Sie, wenn Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde bekanntgeben oder während der Verhandlung vorbringen, insoweit Ihre Parteistellung verlieren. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein. **Dies gilt auch für eine Abwesenheit aufgrund der Zugehörigkeit zu einer COVID-19-Risikogruppe.**

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Wenn Sie gegen das der Verhandlung zugrunde liegende Bauvorhaben keine Einwände haben, ist eine Teilnahme an der Verhandlung nicht unbedingt erforderlich.

Rechtsgrundlagen:

§§ 40-42 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51/1991 i.d.F. BGBl. I Nr. 58/2018

- §§ 1-3, 6, 7 und 22 Oö. Starkstromwegegesetz 1970, LGBl. Nr. 1/1971 i.d.F. LGBl. Nr. 90/2013
- §§ 1-6, 8-10 und 13 Elektrotechnikgesetz 1992 – ETG 1992, BGBl. Nr. 106/1993 i.d.F. BGBl. I Nr. 27/2017
- **§ 3 Abs. 1 Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz (COVID-19-VwBG)**

Freundliche Grüße

Für die Oö. Landesregierung
Für den Landeshauptmann von Oberösterreich

Im Auftrag

Mag. Barbara Starzer-Eidenberger

Hinweise:

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter:

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/amtssignatur>

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz>

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte an das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft / Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht, Kärntnerstraße 10-12, 4021 Linz, und führen Sie das Geschäftszeichen dieses Schreibens an.